Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Anzahl der Ankündigungen für die nächste Nummer erfahrt in der Haupteinnahmestelle, Marienstr. 38 u. in den Annoncenannahmestellen v. Vorm. 9 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die zweispaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Ankündigungen unter der Redaktionslinie 50 Pf., Doppelzeile, unter dem Strich (Mehrzeile) 40 Pf. Grundzeile nur Wiederholungen oder nach Festtagen 20 Pf. Mit Familiennachrichten (z. B. Geb., Verl., Verlobungen) 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Reklamen laut Gesetz 30 Pf. berechnet, d. h. Mindestpreis einspaltiger Schriftzeile 30 Pf. Bei Wiederholungen keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Gestrickte Aermelwesten für Herren. **Zuaven-Jäckchen** u. **Seelenwärmer** für Frauen. **Flanell-Damen-Blousen** **Herbst-Unterzeuge.** Alle Sorten Strümpfe und Socken.
Hugo Borack
Hoflieferant
Seestrasse 1
Ecke Altmarkt.

H. A. Pupke
Schloss-Strasse 10, part. und I. Etg.
Spezial-Geschäft für
Beleuchtungs-Gegenstände
jeder Art.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Königl. Hofphotograph G. Greul
vormals Fritz Schumann
Bismarckplatz 6 neben Hotel Grand Union **Telephon 1818.**
liefern die best gelungensten Photographien, Aquarelle, Vergrößerungen u. s. w. bei mässigen Preisen.
Visit 1 Dutzend von 6 Mark an.
Weihnachts-Aufträge frühzeitig erbeten.

Ein wirkliches Zimmerluft-Reinigungsmittel, also nicht nur ein Geruchs-Verdeckungsmittel, ist Carl Wendschuch's **„OZONIN“** Preis pro Flasche von 100 gr Mk. 1.70, von 500 gr Mk. 5. Mit einem Spray-Apparat im Zimmer zerstäubt, bewirkt „OZONIN“ eine kräftige Desinfektion der Zimmerluft und hinterlässt einen angenehmen, erfrischenden, ozonreichen Geruch, dasselbe ist erhältlich bei
Carl Wendschuch
Struvestrasse 11.

Nr. 354. Spiegel: Württemb. Verfassungsrevision. Landw. Kreisverein. Weihnachtsfeiern. Bezirksausschuß. „Der Barbier von Bagdad“ Hofnachrichten, Weihnachten sonst und jetzt. | Muthmaßl. Witterung: Trübe. | **Sonnabend, 24. Dezember 1898.**

Die geehrten Postabonnenten

werden dringend ersucht, die

Erneuerung des Abonnements

bei den betreffenden Postämtern umgehend vorzunehmen, damit am 1. Januar in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. Da die Post nur die von den einzelnen Postämtern ihr aufgegebenen Exemplare zur Uebermittelung an die Abonnenten von uns annimmt, so sind wir nicht in der Lage, die durch verspätete Erneuerung des Abonnements eingetretene Unterbrechung zu verhindern.

Württembergische Verfassungsrevision.

Auch der neueste Versuch einer Verfassungsrevision in Württemberg ist nach mehrjährigen Bemühungen gescheitert. Seit beinahe einem halben Jahrhundert ist dort immer wieder die Forderung geltend gemacht worden, die Verschiedenartigkeit in der Zusammensetzung der Zweiten Kammer durch Ausmerzung der sog. Privilegiten zu beseitigen und so eine „reine Volkskammer“ herzustellen. Das württembergische Unterhaus, das im Ganzen 93 Mitglieder zählt, besitzt nämlich eine privilegirte Klasse, die sich aus 13 Vertretern der Ritterschaft, 6 Vertretern der evangelischen, 3 Bevollmächtigten der katholischen Kirche und 1 Vertreter der Landesuniversität Tübingen zusammengesetzt, während die übrigen Kammermitglieder, die eigentlichen Volksvertreter, auf Grund des vor dreißig Jahren eingeführten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden. Die Regierung hat die Reformfrage wiederholt anerkannt und mehrfach zu lösen gesucht. Mit ihrem letzten Verfassungsgesetzentwurf haben sich die parlamentarischen Körperschaften anderthalb Jahre lang befaßt. Darnach sollten an die Stelle der Privilegirten in der Zweiten Kammer Abgeordnete treten, die nach dem System der Verhältnißwahl (Proportionalwahlsystem) gewählt werden; dafür sollte die Erste Kammer durch den größeren Theil der seitherigen privilegirten Mitglieder der Zweiten Kammer und einige andere Elemente verstärkt werden.

Bei der ersten entscheidenden Abstimmung in der Zweiten Kammer, am 5. April ds. J., wurde die Reformvorlage mit einer die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit weit übersteigenden Mehrheit angenommen; von 87 abgegebenen Stimmen traten 60 für die Revision ein. Am Mittwoch dagegen betrug bei der Endabstimmung die Mehrheit nur 48 Stimmen gegenüber 38, die den Entwurf verwarfen. Für die erforderliche Zweidrittel-Majorität wären mindestens 58 Stimmen nöthig gewesen. Damit ist das Schicksal auch des neuesten Reformversuchs besiegelt, bevor noch die Erste Kammer ihr Votum abgegeben hat. Die Schuld an dem Scheitern trägt das Centrum, das am 5. April für, am 21. Dezember gegen die Revision gestimmt hat. Die württembergischen Ultramontanen hatten die endgiltige Zustimmung an Bedingungen geknüpft, die inzwischen nicht erfüllt worden sind. Sie wollten die Reform zum Gegenstande eines Handelsgeschäfts machen, das geeignet war, ihre Forderung nach Parität in das rechte Licht zu stellen. Obwohl Württemberg nur zu einem Drittel katholisch ist, betrachten sie es doch als einen ihnen zukommendes Recht, daß mindestens die Mehrheit der Mitglieder der Ersten Kammer eine katholische ist. Bisher war dies der Fall. Da aber in Folge der Reform die katholische Mehrheit eine kleine Schwächung erfahren würde, so beanspruchten sie Aequivalente, die sogar der Verfassung einverleibt werden sollten. Im unmittelbaren Anschluß an die erste Hauptabstimmung über den Verfassungsgesetzentwurf im April brachten sie einen Initiativantrag ein, der die Festlegung der bischöflichen Rechte auf die Schule und die Zulassung von Klöstern in der Verfassung forderte. Darnach sollte die Leitung des katholischen Religionsunterrichts in sämmtlichen Schulen einschließlich der Bestimmung der Katechismen und Religionshandbücher dem Bischof zukommen. Diesem sollte ferner das Recht ertheilt werden, geistliche Orden und Kongregationen im Lande einzuführen und Niederlassungen derselben in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung zu gründen. Die ausdrückliche Genehmigung der Staatsregierung zur Gründung einer Niederlassung wollte das schwäbische Centrum zwar großmüthig zugestehen, aber sie sollte nur wegen der Wahl eines ungeeigneten Ortes der Niederlassung oder wegen der Zahl der bereits bestehenden Niederlassungen verweigert werden dürfen. Diese den Grundsätzen der Parität geradezu hohnsprechenden Forderungen waren für die Regierung wie für die Mehrheit der Zweiten Kammer unannehmbar. Nicht einmal die Ehre einer Kommissionsberathung wurde dem ultramontanen Initiativantrag zu Theil; seine Verweisung an eine Kommission wurde am 12. Mai mit 59 gegen 28 Stimmen verworfen. Deshalb hat das schwäbische Centrum am Mittwoch die Reformvorlage zu Fall gebracht. Ohne Mönche keine Verfassungsrevision! „Ohne das Centrum“, erklärte das Berliner Centrumsorgan triumphirend, „kommt in Württemberg wie eine Verfassungsrevision zu Stande; das Centrum stimmt nicht eher bei, bis seine Forderungen über Schule und Orden gewährt werden.“

Diese Behauptung, daß ohne das Centrum keine Verfassungsrevision zu Stande kommen könne, daß also das Wort „Centrum ist Trumph!“ auch in Württemberg Geltung habe, wäre hinfällig geworden, wenn bei der Schlußabstimmung die protestantischen Privilegirten für die Reform gestimmt hätten. Nur Einer hat das gethan, der Kanzler der Tübinger Universität, der sein Votum damit motivirte, daß sich die Forderung nach einer reinen Volkskammer nicht zurückdrängen lasse; das Volk werde hierdurch einen Schritt näher gebracht, sich selber zu regieren und künftigen Stürmen werde damit vorgebeugt. Gewiß hat jene Forderung eine gewisse Berechtigung; aber andererseits sind es doch auch schwerwiegende Gründe, welche die übrigen Privilegirten bestimmt haben dürften, gegen die Reform zu stimmen, ganz abgesehen davon, daß man es ihnen nicht verargen kann, wenn sie gegen einen Entwurf auftreten, der ihnen den Todesstoß bringen sollte. Der Führer der württembergischen Demokraten charakterisirte die Privilegirten als „alte Salonmöbel aus der Zopfzeit, denen nicht einmal ein Alterthumswerth zukommt“, und der Vertreter der Sozialdemokratie meinte, sie würden besser im Germanischen Museum in Nürnberg untergebracht. In Wirklichkeit bilden diese Privilegirten ein starkes konservatives Element in der Zweiten Kammer, das man angesichts der demokratisirenden Tendenzen und der demagogischen Strömungen der Gegenwart nicht ohne angemessene Kompensationen leichtsinnig über Bord werfen sollte. Als eine solche Kompensation kann aber die Einführung des vorgeschlagenen Proportional-Wahlsystems kaum angesehen werden. Dieses bietet gegen die zersetzenden Wirkungen der Gleichheit des allgemeinen Wahlrechts schon deshalb nicht ein hinreichendes Gegengewicht, weil auf Grund der Verhältnißwahlen so nur ein Viertel der Abgeordneten, nur diejenigen, die in der Zweiten Kammer an Stelle der Privilegirten zu treten hätten, gewählt werden sollten. Außerdem ist gar nicht abzusehen, wie der fortschreitenden Verhetzung der Massen durch eine demagogische und umstürzlerische Agitation durch die Verhältnißwahlen ein Riegel vorgeschoben werden sollte. Der Proporz — unter diesem verstümmelten Namen ist dieses Wahlsystem populär geworden — bedeutet ein sehr zweifelhaftes Experiment, von dem wohl eher eine Verstärkung der Umsturzpartei als eine Stärkung der staatserhaltenden Elemente zu erwarten ist. In der Generaldebatte über die Verfassungsrevision betonte in der Ersten Kammer der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, der Sohn des Statthalters von Elsaß-Lothringen, die Nothwendigkeit einer Stärkung des Oberhauses, die im allgemeinen Staatsinteresse liege; denn er fürchte, daß die künftige Zusammensetzung des anderen Hauses der ruhigen Fortentwickelung des Staatslebens nicht günstig sein würde, um so nothwendiger sei daher eine starke Erste Kammer als konservatives Gegengewicht. Eine solche starke Erste Kammer ist zur Zeit aber nicht vorhanden, weil sie in Bezug auf die Bewilligung von Einnahmen und Steuern nicht die gleichen Rechte wie die Zweite Kammer besitzt. Die Forderung der Ersten Kammer ging daher auf die Erlangung des gleichen Rechts bei der Budgetberathung. In dem Bericht der Verfassungskommission der Ersten Kammer war hierzu bemerkt: „Es dürfte nicht als ausgeschlossen zu betrachten sein, daß auch nichtsozialistische Parteien sich unter der Herrschaft möglicher Zeitverhältnisse im Hinblick auf die Masse der Wähler schwer dem Drang entziehen könnten, den Staatsbedarf mehr und mehr, bis zuletzt ganz den höheren Einkommenstufen aufzuerlegen. Die Einräumung des gleichen Rechts der Ersten Kammer bezüglich der Steuerverwilligung wird daher als ein nothwendiges Gegengewicht gegen extreme Bestrebungen nach dieser Richtung angesehen werden müssen und als unerläßliche Forderung zur Erhaltung der Ordnung im Staatshaushalte und zur Abwehr destruktiver Tendenzen.“ Da die große Mehrheit der Zweiten Kammer dieser Forderung entschiedenen Widerspruch entgegengesetzt, so würde die Verfassungsrevision vermuthlich in der Ersten Kammer gescheitert sein, selbst wenn ihr das Schicksal nicht schon jetzt bereitet worden wäre. Ein Unglück ist das nicht. Das württembergische Königreich wird auch ohne die Reform fortbestehen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Dezember.

Berlin. In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums erschien um 5 Uhr unerwartet der Kaiser und nahm etwa zwei Stunden an den Berathungen theil. — Wie aus Bern gemeldet wird, hätte die Anti-Anarchistenkonferenz den Wiederzusammentritt für Mitte Januar in Aussicht genommen. — Der bisherige Generalkonsul für Schweden, Legationsrath von Haldern, ist zum kaiserlichen Ministerresidenten in Bangkok ernannt worden. — Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „In einigen deutschen Blättern wird täglich darüber gejammert, daß angeblich dänische Kaufleute in Folge der nord-schleswigschen Ausweisungen die Geschäftsverbindungen mit Deutschland abbrechen. Man kündigt sogar eine Petition hiesiger kaufmännisch-industrieller Vereine an, die Regierung aufzufordern, zur Verhütung derartiger Schädigung deutscher Geschäfts-Interessen ihre politischen Maßregeln zu ändern. Wir bezweifeln vorläufig, daß ein so würdeloser und verkehrter Schritt erfolgen werde, die Urheber könnten über seine Verwerflichkeit doch wohl nicht in Zweifel sein; sie müßten sich aber auch sagen, daß man gar nicht wirksamer für künftige Fälle ausländische Geschäftsleute ermuthigen könnte, durch Schädigung deutscher kaufmännischer Interessen eine Einwirkung auf die politische Haltung der deutschen Regierung zu versuchen. Hat man wirklich in Dänemark politische Erregung auf das Gebiet der geschäftlichen Beziehungen übertragen, so werden die letzteren für die Zukunft am besten dadurch gesichert, daß man deutscherseits sich nicht einschüchtern läßt; sonst könnte die deutsche Geschäftswelt bei jeder Differenz zwischen der Politik Deutschlands und derjenigen eines anderen Landes ähnliche Erfahrungen machen, wie angeblich jetzt.“

Kiel. Der Dampfer „Laura“ traf in der Nordsee ein offenes, die Nothflagge zeigendes Boot, in welchem sich die aus sechs Mann bestehende Besatzung des Kutters „Fox“ befand. Die bereits Erschöpften wurden von dem Dampfer aufgenommen.

Flensburg. Die Gemeindevorsteher auf Alsen sind amtlich angewiesen, Vormünder für alle unmündigen Kinder dänisch gesinnter preußischer Unterthanen anzugeben, deren Eltern die Zurückziehung derselben von dänischen Schulen verweigern.

Barmen. Die Behörde warnt vor dem Genuß von ungekochtem hiesigen Leitungswasser, weil dasselbe durch Krankheit erregende Bakterien verseucht sei.

Wien. Durch Erlasse des Ministerpräsidenten an die Landesregierung Schlesiens ist die Zwei- und Dreisprachigkeit des Amtsverkehrs auch für die politische Verwaltung wie für den Justizdienst in Schlesien und die Erledigung aller Eingaben in gleichen Sprachen angeordnet, wodurch die Sprachenverordnung vollständig auch in Schlesien eingeführt wird.

Paris. Präsident Faure unterzeichnete die Ernennung des Gesandten in Kopenhagen, Rainder, zum Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Aeußeren an Stelle Ribeiro's, welcher zum Botschafter am Vatikan ernannt worden ist. — Wie der „Gaulois“ berichtet, wird der Botschafter Marquis de Noailles in Berlin in den Ruhestand treten. — Lilli Lehmann wurde für das zu errichtende Wagner-Berlioz-Theater engagirt. Die Kosten des Theaters bestreitet ein Comité von Finanzleuten, an deren Spitze Baron Alfred Rothschild und Baron Erlanger stehen.

Paris. Der „Matin“ läßt sich aus London melden, einflußreiche englische Staatsmänner hätten den Krieg mit Frankreich für unvermeidlich an. Es sei unmöglich, mit Frankreich diplomatisch zu verkehren, weil bei jedem Personenwechsel in Paris Alles, was bis dahin abgemacht worden sei, für ungiltig erklärt werde und der neue Mann vollständig entgegengesetzte Anschauungen vertrete.

* **Paris.** Kammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung rechtfertigt Ministerpräsident Dupuy die Amtsentsetzung des Bürgermeisters von Algier und sagt, die jüngst getroffenen Maßregeln würden die Lage in Algerien verbessern. Die Kammer beschließt den öffentlichen Anschlag der Rede Dupuy's in Algier und nimmt eine von Dupuy genehmigte Tagesordnung an, welche die Erklärungen der Regierung billigt und die Erwartung ausspricht, die Regierung werde der Gewissensfreiheit Achtung verschaffen und für die Sicherheit des Privateigenthums in Algier sorgen.

* **Paris.** Der Botschafter in Bern, Graf Montebello, theilte dem „Temps“ telegraphisch mit, daß die Meldung des „Soir“, wonach er als Gesandter in Brüssel über angebliche Zusammenkünfte Dreyfus' mit einem deutschen Offizier berichtet habe, vollständig erfunden sei.

Madrid. Nach aus Tanger eingetroffenen Depeschen leidet der Sultan an Sumpffieber; sein Zustand soll hoffnungslos sein.

Madrid. Sagasta ist noch immer krank; er beabsichtigt, erst nächsten Montag die Krisis als vorhanden zu erklären. — Wie verlautet, ist Aguinaldo genelgt, alle gefangenen Spanier frei zu lassen, ausgenommen die Mönche, für die er Lösegeld verlangt.

London. Die englische Admiralität hat angeordnet, daß auf dem Clyde-Werke der Bau von 4 neuen Kreuzern in Angriff genommen werden soll. — Wie die „Daily Mail“ erfährt, sind ansehnliche Truppentheile nach dem Kap unterwegs zur Verstärkung der dortigen britischen Besatzung. Als Ursache dieser Maßregel bezeichnet das Blatt die fortgesetzt schlechte Behandlung der Outlanders durch die Transvaal-Regierung.

Warschau. Auf der Moskau-Brest-Eisenbahn ist bei der Station Bojarn ein von Moskau nach Warschau gehender, aus zwei Lokomotiven und 17 Wagen bestehender Personenzug, mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Zum Personen sind todt, dreizehn schwer oder leicht verletzt. Eine Lokomotive und drei Wagen des Personenzuges, sowie fünf Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert.

Cetinje. In ganz Montenegro sind große Schneemassen gefallen; alle Verbindungen mit Cetinje sind unterbrochen. Einige Hundert Soldaten aus Vasojeci, die zur Uebernahme der neuen Repetirgewehre nach Podgorica gingen, wurden vom Schneesturm überrascht, seit zwei Tagen hat man keine Nachricht von ihnen. Da der Schneesturm fortdauert, ist es unmöglich, ihnen Hilfe zu bringen.

Die **Berliner Börse** setzte heute schwächer ein, da die abermalige Vertheuerung der Zinssätze die Spekulation zur Lösung ihrer Engagements und zu größerer Reserve veranlaßte. Ultimogeld stieg bis auf 8 Prozent; hierzu kamen noch die Nachrichten über einen bedeutenden Goldabfluß aus der Bank von England. Banken waren durchweg schwächer. Bergwerke setzten ebenfalls niedriger ein, konnten aber ihren ermäßigten Anfangskurs ziemlich behaupten; Gelsenkirchener auf den günstigen Novemberausweis erholt. Bahnen meist schwächer. Von Renten Italiener und Spanier matt auf Paris. Der Schluß der Börse war etwas fester. Privatdiskont 5⅝ Prozent. — Am Spiritus-Markte war die Tendenz sehr fest; weitere Kaufordres für auswärtige, anscheinend Hamburger Rechnung, ließen die Terminpreise um 50 Pfg. anziehen. Loco 70er 40,30, 50er 50,60 Mk. Der Getreide-Markt verkehrte vollständig lustlos, da die bevorstehenden Feiertage jegliche Unternehmungslust hemmten. Die Preise neigten zur Abschwächung; angeblich wurden bezahlt für Weizen Dezember 167, Mai 161,75, Roggen 151,25 bezw. 147,75, Hafer wenig beachtet bei nominell letzten Preisen. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 168,50, Roggen 151,50, Hafer 147 Mk., in Stettin-Stadt: Weizen 158, Roggen 145, Hafer 129 Mk. — Wetter: Kaltes; Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 201,75, Disconto 196,10, Deutsche Bank 161,50, Gelsenkirchen —,—, Lombarden 60,00, Laurahütte 200,90, Ungar. Gold —,—, Portugiesen 25,10, Kuxe.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 101,77, Italiener 94,72, Spanier 65,50, Portugiesen 24,10, Türken 21,92, Türkenlose 109,20, Ottomanbank 351,00, Suezkanal 788,00, Lombarden —,—, Behauptet.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Dezember 20,65, per März-Juni 21,75, beh. Mehl per Dezember 41,25, per Mai-August 44,50, beh. Rüböl per Dezember 51,50, per März-August 51,75, behauptet.

Amsterdam. (Produkten-Bericht.) Weizen per März 183, per Mai 184. Roggen per März 148, per Mai 142.

London. (Getreide-Bericht.) Sämmtliche Getreidearten ruhig, unter Mittel ½ Sch. amerikanischer amerikanischer Mais ½ Sch. höher, Gerste ½ Sch. höher, Hafer ½ Sch. höher, Mehl unverändert. Getreide-Weizen ½ Sch. höher, Mittelmehl-Weizen ½ Sch. höher, Gerste durch gesteigerte höhere Preise gekennzeichnet, Mais stramm, Hafer ½ Sch. höher. — Wetter: Kalt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** traf gestern Vormittag von Strehlen im Residenzschlosse ein und nahm die Vorträge der Herren Staatsminister und Hofdepartementschefs, sowie militärische Meldungen entgegen. Die Rückkehr nach Strehlen erfolgte Nachmittags.

— Ihre Majestäten der **König** und die **Königin** zeichneten gestern Nachmittag halb 5 Uhr die Ausstellung „**Ein Weihnachtsmarkt in Jerusalem**“ im **Wiener Garten** mit ihrem Besuche aus. Am Eingange des Etablissements wurden die Majestäten von Herrn Moritz Canzler, Vorsitzendem des Ausstellungskomitees, und den anderen Mitgliedern des Komitees ehrfurchtsvoll begrüßt. Beim Eintritt in die Ausstellungsräumlichkeiten überreichte das Töchterchen des Herrn Canzler Ihrer Majestät der Königin einen prächtigen Blumenstrauß. Die Majestäten begingen dann die Straße von Jerusalem, wiederholt

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** Ich doch die beste — für Kopfe und Haarschaum